

Eidgenössisches Polizei- und Justizdepartement
Staatssekretariat für Migration SEM

Bern, 20. Mai 2019/YB
VL Abkommen UK FZA

Per Mail an:

- marie-claire.demont@sem.admin.ch
- peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA)
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen begrüsst das Abkommen mit dem Vereinigten Königreich, das die erworbenen Rechte von Bürgerinnen und Bürgern beider Länder über den Wegfall des Freizügigkeitsabkommens hinaus garantiert, ausdrücklich.

Der Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union wirkt sich in verschiedenen Bereichen auch auf die Schweiz aus. Gegenstand des vorliegenden Abkommens ist der Migrationsbereich. Dieser Bereich wurde bisher über das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU geregelt. Mit dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU entfällt die Gesetzesgrundlage, auf der die Migration zwischen den beiden Ländern bisher fusste. Damit drohen Bürgerinnen und Bürger, die sich im jeweils anderen Staatsgebiet niedergelassen haben, ihre unter dem Freizügigkeitsabkommen erworbenen Rechte zu verlieren.

Aus diesem Grund ist vorliegendes Abkommen nötig. Das Abkommen schafft Rechtssicherheit, indem es die Rechte, die Bürgerinnen und Bürger beider Länder bisher im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens erworben haben, absichert. Betroffen sind immerhin fast 35'000 Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die in Grossbritannien leben und arbeiten. Umgekehrt leben und arbeiten derzeit rund 43'000 britische Staatsangehörige in der Schweiz. Das Abkommen verhindert, dass nach dem Austritt Grossbritanniens aus der EU ein vertragsloser Zustand in Bezug auf deren Aufenthalt entsteht.

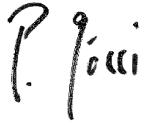
Das Vereinigte Königreich ist ein wichtiger politischer, wirtschaftlicher und auch wissenschaftlicher Partner der Schweiz. Ein vertragsloser Zustand würde vor allem auch die Wirtschaft treffen und bei den Schweizer Unternehmen, die Britinnen und Briten beschäftigen, Rechtsunsicherheit schaffen. Das gleiche gilt für den Hochschulbereich – immerhin verfügen die Schweiz und UK über bedeutendsten Bildungsinstitutionen Europas. Ein vertragsloser Zustand würde die enge Zusammenarbeit und den fruchtbaren, vielfältigen Austausch zwischen beiden Ländern beschädigen.

An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass es nicht nur eine Regelung des Besitzstandes braucht, sondern auch eine Regelung für die Zeit nach dem Wegfall des FZA. Damit auch in Zukunft Staatsangehörige beider Länder unkompliziert im jeweils anderen Land eine Arbeit aufnehmen können, müssen entweder die Drittstaatenkontingente erhöht (so wie vom Bundesrat vorsorglich für den Fall eines ungeordneten Brexits geplant) oder ein neues Abkommen abgeschlossen werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen

Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink, featuring a large, stylized 'P' followed by 'Gössi'.

Petra Gössi
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink, consisting of several fluid, overlapping strokes.

Samuel Lanz